Heute meldet der Deutschlandfunk: der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Ischinger fordert mehr Geld für die Bundeswehr. Er fordert dies im Interesse von Nato und USA und der Rüstungsindustrie. Die SZ schrieb über die Finanzierung: ‚Als "unabhängiges Forum" sieht sich die Münchner Sicherheitskonferenz. Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Tatsächlich wird sie mit viel Geld unterstützt. Von der Bundesregierung – und der Rüstungsindustrie.' Ihr Wirken, wie auch die Einlassungen Ischingers zeige, liegen z.Zt. eindeutig im Interesse der USA und der Nato. Diese wollen mehr Geld. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/180711_Von_uns_bezahlte_Vorfeldorganisationen_als_wirksames_Propagandainstrument_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Die USA verfügen in Deutschland über eine Reihe von Vorfeldorganisationen. Dazu gehören z.B.: das Aspen-Institut, der German-Marshall-Fund, in Teilen die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, immer wieder auch die politischen Stiftungen, allen voran die Heinrich-Böll-Stiftung – und wie wir täglich beobachten können, wesentliche Teile der ARD, vor allem die Redaktion der Tagesschau, und des ZDF und des Deutschlandfunks. Deren Output ist gelegentlich durchsetzt mit guten, aufklärenden Beiträgen. Leider haben diese oft die Wirkung, die Glaubwürdigkeit der üblichen Kampagnen zu erhöhen.

Auf die Äußerungen Ischingers, eigentlich eine unbedeutende Begebenheit, mache ich Sie nur deshalb aufmerksam, weil daran eine ganz besondere Methode der Manipulation sichtbar wird: die Nutzung von scheinbar glaubwürdigen Einrichtungen zur gezielten Propaganda. Die Abkehr von der eigentlich verabredeten Abrüstung, der neue Feindbildaufbau und die Rechtfertigung von Kriegen war ohne solche Methoden nicht möglich.

Anlage:

Nato-Gipfel
Ischinger fordert mehr Geld für Bundeswehr
11. Juli 2018
Der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Ischinger, hat eine Unterfinanzierung der Bundeswehr beklagt.
In den kommenden Jahren seien zusätzliche Investitionen von bis zu 15 Milliarden Euro

nötig, sagte er im Deutschlandfunk. Es könne nicht sein, dass die Bundesrepublik wesentliche Teile der eigenen Sicherheit an die USA abgebe.
…